

Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

05/ 2008
24.09.2008



1/3

„Ziviler Staatsstreich“ - Gewaltwelle in der Media Luna

„Wir trauen uns nicht aus dem Wald. Denn sie schießen weiter auf uns, sogar auf Verletzte, die ins Krankenhaus gebracht werden müssten.“ Die populären Radiosender brachten zwischen dem 11. und 15.9. erschütternde Augenzeugenberichte über die blutigen Ereignisse in Pando, wo es zu Auseinandersetzungen zwischen „Autonomistas“ und „MASistas“ (Movimiento al socialismo – Regierungspartei) gekommen war. Der Präsident hat am 13.9. für Pando den Ausnahmezustand verhängt, was ermöglichte, mit militärischer Verstärkung weitere Gewaltakte zu unterbinden. Aktuelle Zahlen sprechen von über 15 Toten, über 20 Verletzten und über 100 Vermissten. Der Präfekt Leopoldo Fernandez und eine Gruppe von Verdächtigen, die für die Morde und Übergriffe verantwortlich scheinen, wurden festgenommen und für ihren Prozess nach La Paz gebracht. Regierungsvertreter sowie unabhängige nationale und internationale Menschenrechtskommissionen reisten nach Pando, um die Verbrechen aufzuklären.

Pando ist mit 52.500 Einwohnern das kleinste Departament Boliviens, das im Norden des Landes gelegen an Brasilien und Peru grenzt. Es ist ursprünglich ein reines Waldgebiet des Amazonasbeckens: vor allem Holz und „Castaña“ (Paranuss), aufgrund der Abholzung zunehmend auch Vieh- und Landwirtschaft zählen zu den offiziellen ökonomischen Standbeinen der Region. Seit einigen Jahren hat die Drogenmafia dort Fuß gefasst, um im Dschungel Kokain zu produzieren und schnell und leicht über die grünen Grenzen in das nahe gelegene Brasilien zu schmuggeln.

Aus dem Hochland abgewanderte Kleinbauern, die sich dort ansiedeln und nur schwierig zu eigenem Land kommen, so wie die indigene Bevölkerung, die um ihre Nutzungsrechte im Wald streitet, sind vermutlich Anhänger der sozialistischen Morales-Regierung. Die lokale Macht liegt bisher fest in den Händen der meist von europäischen Einwanderern abstammenden Oligarchie. Der Präfekt und „Patron im alten Stil“ Leopoldo Fernandez gehört als ehemaliges Mitglied der Banzer-Partei ADN zum alten politischen System, er wurde beim Referendum im vergangenen August mit 56% in seinem Amt bestätigt – mit einem leichten Stimmenzuwachs von 3%. Für den Präsidenten Evo Morales hat das Referendum in Pando unerwartete 52% Unterstützung gebracht (siehe auch letztes Schlüsselinfo): das waren dreimal so viele Stimmen wie bei den Wahlen von 2005. Auch in dem traditionellen – beinahe feudalistisch regierten Pando ist „cambio“ (Veränderung – Evos Parole) angesagt.

Bei den von den „Autonomistas“ organisierten Blockaden und Besetzungen der letzten Wochen kam es immer wieder zu Konfrontationen mit den „MASistas“. Es kursieren unterschiedliche Versionen zu dem genauen Hergang des Massakers an Bauern und Dorfschullehrern. Mit großer Sicherheit war die Präfektur Drahtzieher, doch auf ihrer Seite gibt es auch ein Todesopfer und Verletzte. Nachdem der Ausnahmezustand in Pando ausgerufen war und die Soldaten begannen, die Bevölkerung zu entwaffnen, sind ein paar Hundert Autonomie-Vertreter sowie Angestellte der Präfektur in das nahe Brasilien geflohen und sollen dort um politisches Exil angefragt haben.

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

e-mail: schluesselinfo@fundacionpueblo.org , Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien

Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo. Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.

Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

05/ 2008
24.09.2008



2/3

Gewaltwelle in der Media Luna

In den vier oppositionellen Departamenten Santa Cruz, Pando, Beni, und Tarija hatte die Autonomiebewegung in den Wochen nach dem Referendum erst zu Strassenblockaden und dann zu unerwartet gewalttätigen Protesten aufgerufen: im Sinne einer de facto Umsetzung ihrer Autonomie wurden alle öffentlichen Institutionen vor Ort gewaltsam besetzt (z.B. Flughäfen, Busstationen, Zollbehörden, Agrarreform-Institute, Steuerämter, Superintendencia forestal, usw.). Wie in verschiedenen Filmberichten zu sehen, haben militante Gruppen die staatlichen Einrichtungen zum Teil zerstört und geplündert. Die Polizisten und Soldaten, die die Ordnung wieder herstellen sollten, wurden - vor laufenden Kameras - beschimpft, entwaffnet und in die Flucht geschlagen. Der Evo-Morales-Regierung nah stehende, private Einrichtungen, Büros der indigenen Basisorganisationen und Menschenrechtsorganisationen, Armenviertel, sogar der Bauernmarkt in Tarija wurden angegriffen. Es seien auch MAS-Bürgermeister und Bauernführer bedroht und eingeschüchert worden („Denuncia de la Coordinadora Interinstitucional de Defensa de los Derechos Humanos de Santa Cruz“). Mancherorts wurden die Gasleitungen besetzt oder beschädigt, so dass ein Risiko für die Versorgung im Land sowie die Ausfuhr nach Argentinien und Brasilien bestand. Die genaue Bilanz dieser Gewaltwelle im Osten steht noch aus: Eine noch unbekannte Zahl an Menschenopfern, der Sachschaden beläuft sich auf Millionenhöhe.

Im Gegenzug haben die der Regierung nahe stehenden, sozialen Bewegungen nun vor ein paar Tagen ihrerseits Tausende von Anhängern mobilisiert, um Santa Cruz zu blockieren und damit die Rückgabe der besetzten Behörden und amtlichen Stellen zu erzwingen.

UNASUR (Unión de Naciones Suramericanas) tritt auf den Plan - USA muss abtreten

Die vor erst ein paar Monaten gegründete südamerikanische Staatenversammlung UNASUR (mit 12 Mitgliedern) hat auf einer blitzartig einberufenen Krisensitzung ihre volle Unterstützung für die Morales-Regierung deklariert und ihre Hilfe für Dialog, Konfliktlösung und Aufklärung der Gewalttaten angeboten. Die Rückgabe der besetzten öffentlichen Ämter sehen sie als Vorbedingung für Dialog und Verhandlung. Hingegen haben sich die Beziehungen zu den USA in diesen Wochen verschlechtert wie nie zuvor. Evo Morales warf dem US-Botschafter Goldberg vor, sich in interne Staatsangelegenheiten einzumischen und die Autonomiebewegung der Media Luna zu unterstützen, und hat ihn deshalb des Landes verwiesen. Daraufhin haben auch USA den bolivianischen Botschafter ausgewiesen, und die bolivianische Regierung vermutet, dass aus dieser diplomatischen Krise heraus Bolivien vor ein paar Tagen auf die schwarze Liste der zu wenig in der Drogenbekämpfung kooperierenden Länder gesetzt wurde.

Beginn der Verhandlungen

Mit dem Präfekten von Tarija, Mario Cossio, als Vertreter der oppositionellen Media Luna, wurde in mehrtägigen Sitzungen die Verhandlungsagenda zwischen Regierung und Opposition entworfen und

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:
e-mail: schluesseinfo@fundacionpueblo.org, Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien
Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo.
Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.

Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

05/ 2008
24.09.2008



3/3

schließlich von beiden Seiten unterschrieben, so dass nun endlich der seit mehr als sechs Monaten vertagte Dialog über drei große Themenblöcke beginnen kann:

- Der Neue Verfassungsentwurf und die departamentalen Autonomiestatuten sollen miteinander vereinbar gemacht werden.
- Die Verteilung der Einnahmen aus dem Gasgeschäft zwischen Zentralregierung und den Departamenten in Form von Steuern (IDH) und Patenten sollen festgelegt werden, ohne die Altersrente Dignidad zu gefährden.
- Die Ernennung der fehlenden Mitglieder des Verfassungsgerichts und der Nationalen Wahlbehörde soll diese beiden Institutionen, die seit fast einem Jahr ohne Quorum sind, wieder funktionieren lassen, wie in der Verfassung vorgesehen.

In der unterschriebenen Vereinbarung zwischen Regierung und Präfekten sind bereits weitere Punkte abgemacht, die den sozialen Frieden unmittelbar wieder herstellen sollen:

- Die besetzten Ämter und Behörden müssen sofort geräumt werden, im Gegenzug werde über neue Departaments-Kompetenzen im Sinne einer Dezentralisierung verhandelt.
- Die Volksabstimmung über die Neue Verfassung, die vom Präsidenten per Dekret für Dezember verordnet wurde, soll um einen Monat oder mehr verschoben werden.
- Die Verbrechen in Pando sollen aufgeklärt werden und es muss zu einer entsprechenden Strafverfolgung der Verantwortlichen kommen.

Als Gesprächsvermittler oder Beobachter sind Vertreter internationaler Organisationen wie UNO, UNASUR, OEA und EU sowie der katholischen, methodistischen und evangelischen Kirchen eingeladen. Die der Regierung nahe stehenden, sozialen Bewegungen reagierten auf diese Vereinbarung nicht nur positiv, sondern verkündeten - in Alarmbereitschaft versetzt-, dass sie am Verfassungsentwurf nichts verändern lassen wollen.

Nach dem offiziellen Auftakt in der Präsenz von Präsident, Vizepräsident und Ministern, sowie allen Präfekten, blieben die ersten Verhandlungstage ohne konkrete Ergebnisse. Die Kommissionen arbeiten nun Vorschläge aus, die den Regierenden und der Opposition am 25.9. vorgelegt werden sollen.

Es wird eine hohe Kunst der Verhandlung gefordert sein, um diesen Prozess zu einem guten Ende zu bringen. Im Grunde steht hinter all den strittigen Themen ja die Machtfrage, und ob es möglich sein wird, mit demokratischen Mitteln den Konsens für mehr soziale Gerechtigkeit zu erzielen.

Claudia Heid

Quellen:

- www.cedib.org. Acuerdo entre Gobierno Nacional y CONALDE; Declaración de La Moneda;
- La Razon und El Deber vom 15.-18.9.
- www.bolivia.indymedia.org

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

e-mail: schluesseinfo@fundacionpueblo.org , Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien

Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo. Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.